

## Beamtenfürsorge.

L. C. Berlin. Zu Gunsten der Beamten und Lehrer sind von der Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei im preussischen Abgeordnetenhaus Anträge eingebracht, deren Annahme wohl zu erwarten ist. Der erste Antrag bezieht sich auf die Altpensionäre, bei denen gewünscht wird, daß sie, wenn sie nur ein Ruhegehalt bis zu 1500 Mark beziehen, fortlaufende Zuschüsse aus den im Haushaltsetat vorgesehenen Pensionsbeträgen zugewilligt erhalten, und daß bei den übrigen bedürftigen Altpensionären, insbesondere bei Witwen und Waisen, Unterstützungen verteilt werden sollen. Die Berechtigung dieser Anregungen ergibt sich wohl aus den jetzigen Steuerungsverhältnissen von selbst. Ferner fordert die Fraktion, daß den niedriger besoldeten Staatsbeamten (bis zu 2100 Mark Dienstlohn) die Kriegszulagen nach einem anderen System als bisher gewährt werden. Die verheirateten Beamten und Lehrer bekommen bis jetzt nur Zulagen, wenn sie mindestens ein Kind haben; der fortschrittliche Wunsch geht dahin, daß alle verheirateten Beamten und Lehrer die Zulage bewilligt erhalten. Während ferner bisher für ein bis zwei Kinder insgesamt sechs Mark bewilligt wur-

den, soll nach dem fortschrittlichen Antrag in Zukunft für jedes Kind eine Zulage gewährt werden. Schließlich wird gewünscht, daß die Beihilfe für die Kinder bis zum 16. Lebensjahr (anstatt jetzt 15) gewährt werden. Die Kriegszulagen sollen nach dem Wunsch der Fraktion auch den Hilfsbeamten und den im Vertragsverhältnis stehenden Personen zugewilligt werden, die sich vielfach in einem beamtenähnlichen Verhältnis befinden.